

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Johann Häusler, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

### **Hightech-Standort Bayern sichern - nationale Lösung für KUKA finden (Nr. 2)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in Kooperation mit der Bundesregierung und im Rahmen geltender gesetzlicher Regelungen mit Nachdruck für eine nationale Lösung im Zuge einer möglichen Übernahme des Augsburger Roboterherstellers KUKA einzusetzen.

#### **Begründung:**

Der chinesische Midea-Konzern bemüht sich um die Übernahme des Augsburger Roboterherstellers KUKA. KUKA produziert Roboter für die industrielle Fertigung und gilt als deutsches Aushängeschild in diesem Bereich. Das Unternehmen spielt eine entscheidende Rolle bei der "Industrie 4.0", der Digitalisierung und Vernetzung von Produktionsabläufen. KUKA ist weltweit führend bei der Entwicklung von Hard- und Software in dieser Schlüsseltechnologie.

Der Freistaat Bayern muss in besonderem Maße darauf achten, als Standort für Zukunftstechnologien bestehen zu bleiben. Zu den wichtigsten industriellen Branchen in Bayern zählen Automobil- und Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt sowie Elektro- und Chemieindustrie. Als wichtiger Technologie- und Know-How-Träger ist KUKA hier branchenübergreifend vertreten.

Im Sinne einer strategisch orientierten Wirtschafts- und Industriepolitik muss die Bayerische Staatsregierung die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen und nicht tatenlos zusehen, wie ein für den Wirtschaftsstandort Bayern so bedeutsames Unternehmen durch chinesische Investoren übernommen wird, selbst wenn der Standort in Augsburg kurz- und mittelfristig gehalten werden kann. Bayerns Wirtschaftsministerin Aigner muss hier einen scharfen Kurswechsel vollziehen und sich den Bemühungen von Bundeswirtschaftsminister Gabriel anschließen, einen nationalen Investor für KUKA zu finden.

Die Staatsregierung kann das Thema KUKA nicht "aussitzen". Mit Verweis auf ein Schreiben der schwäbischen MdL Bernhard Pohl und Johann Häusler vom Freitag, 3. Juni 2016 ist die bayerische Wirtschaftsministerin Aigner zum Handeln aufgefordert. Die Ministerin oder ggfs. der

bayerische Ministerpräsident müssen unverzüglich alle notwendigen und möglichen Schritte hin zu einer deutschen/bayerischen Lösung einleiten.